

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 25.10.2007**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 19:05 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath	
Frau Heike Wießner	
Frau Ute Haupt	
Herr Hendrik Lange	
Frau Gertrud Ewert	bis 18.30 Uhr anwesend
Frau Hanna Haupt	
Frau Dr. Regine Stark	
Herr Leonhard Dölle	
Frau Beate Gellert	
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	bis 18.30 Uhr anwesend
Herr Dr. Peter Piechotta	i.V. Schubert vom DRK
Herr Winfried Weber	
Herr Helmut Becker	bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Dagmar Deckwerth	entschuldigt
Herr Herbert Jomrich	i.V. Frau Franke
Frau Peggy Rarrasch	
Herr Torben Sarunski	
Herr Lothar Rochau	

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Elke Schwabe	
Frau Petra Meißner	entschuldigt
Frau Renate Leonhard	
Herr Max Privorozki	
Frau Dr. Christine Slomka	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4. Vorlagen
- 4.1. Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: IV/2007/06566
- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006  
Vorlage: IV/2007/06692
- 5. Behandlung eines Beschlusses aus JHA-sitzung 11.10.07 zur BV IV/2007/06391  
Änderungsantrag StRä Nagel zur Kategorisierung der Auengrundschule  
hier: Vorschlag der Verwaltung zur Aufhebung des Beschlusses und Neuabstimmung
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 8. Beantwortung von Anfragen
- 9. Anregungen
- 10. Mitteilungen
  - der Verwaltung zum Stand Spielplätze, Auftrag aus Sitzung 06.09.2007
  - der Verwaltung zum Stand Objekt "Schnatterinchen"

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

**Frau Hanna Haupt fragte, ob** Kinder und Jugendliche zur Sprechstunde erschienen sind. Es meldeten sich Jugendliche aus dem „Gimmi“ zu Wort. Diese haben eine Mappe über die bisherigen Aktivitäten der Einrichtung zusammen gestellt und überreichten diese Herrn Dr. Marquardt. Die Jugendlichen machten deutlich, dass sie auf dem Bürgerforum in Neustadt von der geplanten Schließung des „Gimmi“ erfahren haben. Sie sind gegen diese Schließung, da sie sich in der Einrichtung sehr wohl fühlen und diese Anlaufstelle für sie sehr wichtig ist.

**Herr Dr. Marquardt** dankte den Jugendlichen für die überreichte Mappe. Die Verwaltung möchte sich mit den Jugendlichen des Sozialraumes Neustadt vor Ort unterhalten. Zu den Gesprächen bzw. Ergebnissen wird die Verwaltung den Jugendhilfeausschuss im Dezember informieren.

**Herr Rochau** sprach an, dass die für November auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses stehende Vorlage zum „GIMMI“ von der Tagesordnung genommen wird.

Es meldete sich auch eine Mutter von zwei Töchtern, **Frau Grimm** zu dieser Angelegenheit. Sie sprach an, dass ihre Töchter 7 und 12 Jahre alt sind und den „GIMMI“ besuchen und sich auch dort wohl fühlen. Sie verwies darauf, dass die Einrichtung nicht nur durch Jugendliche sondern auch durch Kinder besucht wird. Sollte die Einrichtung geschlossen werden, kann sie es als Mutter nicht verantworten, dass ihre Töchter den Weg bis zum Roxy oder Dornröschen auf sich nehmen. Sie würde eine Schließung sehr bedauern.

**Herr Rochau** sprach an, dass am 02.11. das Gespräch zum „GIMMI“ im Wohngebiet stattfinden soll. Er lädt Frau Grimm hierzu ein, daran teilzunehmen.

**Herr Weber fragte** an, woher die Information zur Schließung des „GIMMI“ käme, da er als Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung darüber keine Kenntnis hat.

**Dr. Marquardt antwortete**, dass es in Neustadt ein Bürgerforum gegeben hat. Dort wurde die Oberbürgermeisterin dazu angefragt und hat geantwortet, dass die Schließung des „GIMMI“ geplant sei, da dort die Auslastung nicht mehr gegeben sei. Deswegen sollten umliegende Einrichtungen mit genutzt werden. Er verwies darauf, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen ein Gespräch hierzu führen möchte.

**Durch eine Jugendliche** wurde angefragt, wie viel Kinder und Jugendliche in einer Einrichtung sein müssen, um deren Auslastung zu gewährleisten. Im GIMMI sind ca. 50 Kinder und Jugendliche, welche die Einrichtung regelmäßig besuchen. Ist das nicht ausreichend.

**Frau Hanna Haupt** antwortete, dass jetzt die Gespräche abgewartet werden müssen und wie die Ergebnisse der Verwaltung aussehen und dann wird im Dezember darüber im Jugendhilfeausschuss informiert werden. Sie dankte den Jugendlichen als auch Frau Grimm für ihr Erscheinen.

Damit war die Sprechstunde beendet.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung fest und dass eine Beschlussfähigkeit gegeben ist, wenn auch nicht vollzählig.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass man sich vorab der Sitzung darüber geeinigt hat, dass heute der Haushalt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Am 25.10. war dieser zur 1. Lesung aufgerufen worden.

Da in der letzten Sitzung bereits im Zusammenhang mit dem Haushalt auch der Bericht zu den Hilfen zur Erziehung gehalten worden ist, wird dieser heute kein Thema mehr sein. Es sei denn, es gibt spezielle Fragen noch dazu. Als TOP 4.2. wird somit der Haushalt auf die TO genommen und der TOP 5 Bericht HzE abgesetzt.

**Dr. Marquardt** sprach an, dass in der gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss am 11.10.07 ein Änderungsantrag der StRä Frau Nagel bei der Priorisierung von Schulen, hier Auenschule, eingebracht worden war. Der Jugendhilfeausschuss hatte diesen Änderungsantrag abgelehnt und der Bildungsausschuss hatte zugestimmt. Die Verwaltung hat den Änderungsantrag von Frau Nagel in seinen Verwaltungsvorschlag jetzt übernommen. So dass die Auenschule in die Kategorie 2 genommen wurde. Da ein unterschiedliches Ergebnis zweier Ausschüsse hierzu vorliegt, möchte er gemäß § 16 Geschäftsordnung des Stadtrates die Aufhebung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 11.10.07 vorschlagen. Er bittet den Jugendhilfeausschuss heute zu dem neuen Verwaltungsvorschlag analog dem Änderungsantrag von Frau Nagel neu zu beschließen. Die Verwaltung möchte gern zu einem einheitlichen Ergebnis kommen, so dass der Hauptausschuss hierzu nicht gehört werden muss.

**Frau Hanna Haupt** fasste zusammen, dass auf Grund verschiedener Voten im Bildungs- und Jugendhilfeausschuss zu dem Änderungsantrag von Frau Nagel zur Kategorisierung der Auenschule heute hierzu neu beraten und beschlossen werden soll, so dass dies auf die Tagesordnung genommen werden muss. Liegt hierzu das Einverständnis vor.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurde Verwunderung geäußert, warum dies nicht dem Hauptausschuss so vorgelegt werden kann und dieser entscheidet, bevor es in den Stadtrat im November geht.

**Frau Hanna Haupt** bat um Aufnahme in die Tagesordnung. Dem wurde zugestimmt, so dass dies unter TOP 5 (ehemals Bericht HzE) aufgerufen wird.

**Herr Rochau sprach** an, dass er unter dem TOP Mitteilungen heute zur Umsetzung der Dienstanweisung Nr. 93 informieren wird.

**Dr. Marquardt** bat um Verständnis, dass er gegen 17 Uhr die Sitzung für ca. 1 Stunde verlassen muss. Er nimmt in Vertretung der Oberbürgermeisterin einen Termin zu einer wichtigen Ausstellungseröffnung wahr. Er kommt aber anschließend wieder zur Sitzung.

Die Tagesordnung wurde mit den Punkten 4.2. Haushalt und Punkt 5. Absetzung HzE Bericht, dafür neu Punkt 5 Aufnahme Neubehandlung des Vorschlages zur Priorisierung/Kategorisierung der Auenschule und Information der Verwaltung im TOP 10 zur Umsetzung der Dienstanweisung Nr. 93 bestätigt.

### zu 3 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Hanna Haupt sprach an**, dass es in der letzten Sitzung hier keine Beschlüsse gab und demzufolge keine Bekanntgabe erfolgt.

### zu 4 **Vorlagen**

#### zu 4.1 **Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen** **Vorlage: IV/2007/06566**

**Herr Rochau** sprach an, dass es 34 Träger von Kindertageseinrichtungen gibt. Bisher gibt es keine einheitliche Regelungen zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen sondern verschiedene Regelungen fanden Anwendung. Es soll eine einheitliche Regelung geschaffen werden. KITA´s sollen langfristig gesehen, solide wirtschaftliche Ebenen erhalten. Er verwies auf die jetzt vorliegende Richtlinie und einzelne Paragraphen. Die Richtlinie soll zum 01.01.2008 in Kraft gesetzt werden, damit ist auch eine Klarheit für die Träger gegeben. Im Vorfeld gab es Gespräche mit den freien Trägern von Kitas dazu. Es gab Übereinstimmung in den meisten Dingen nur hinsichtlich des Betreuungsschlüssels konnte kein Konsens gefunden werden. Träger wollten einen erhöhten Betreuungsschlüssel. Die Verwaltung kann nicht über die fachlichen Standards des Landes hinaus gehen. Er bittet um Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, um die Richtlinie möglichst schnell in Kraft setzen zu können.

**Frau Hanna Haupt** fragte nach allgemeinen Fragen zur Vorlage an.

Durch **ein beratendes Mitglied** wurde angesprochen, dass es Detailfragen gibt. So wie jetzt die Richtlinie vorliegt sollte darüber nicht beschlossen werden.

Durch ein **stimmberechtigtes Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass noch keine Zeit für die Beschäftigung mit dieser Vorlage war. Es soll mit der Richtlinie eine Gleichbehandlung von Freien Trägern und dem Eigenbetrieb Kita erzielt werden. Es gibt Details in dieser Richtlinie, die einer Nachbesserung bedürfen. Es sollten mit den freien Trägern hier die Details abgestimmt werden, bevor es zur Behandlung im Ausschuss kommt.

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass die Beratung heute stattfinden soll und hier können auch die Fragen gestellt werden.

**Herr Rochau** wies darauf hin, dass es drei Gespräche mit den freien Trägern gab. In den wesentlichen Punkten gab es eine Einigung, außer in der Frage des Betreuungsschlüssels. Die Verwaltung konnte in dieser Frage der Erhöhung des Betreuungsschlüssels begründet nicht zustimmen. Die Interessengemeinschaft KITA hat daraufhin die Gespräche abgebrochen.

Die Verwaltung ist hier an den § 20 KiFöG gebunden.

Durch ein **stimmberechtigtes Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass sie als Vertreterin in der IG Kita mitwirkt und demzufolge den Gesprächen beigewohnt hat. Es wurde bei den Gesprächen kein Konsens erreicht, außer dass es eine Richtlinie geben soll. Dem Part Abschreibung wurde zugestimmt. Die Verhandlungen mit der Verwaltung wurden abgebrochen, da Hinweise nicht durch die Verwaltung berücksichtigt wurden. Es wurden Vorschläge unterbreitet, welche nicht gehört wurden und sich hier wieder finden.

**Herr Zwakhoven antwortete**, dass er dieser Aussage so nicht zustimmen kann. Es erfolgte Einigung in den Punkten des technischen Personals, der kindbezogenen Sachkostenaufstellung, dem Abschluss von Entgeltzahlungen etc.

Durch ein **stimmberechtigtes Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, wieso vorab der Erstellung dieser Vorlage keine Übereinstimmung erzielt worden ist. Es sollte heute hier im Detail nicht diskutiert werden. Dies sollte im entsprechenden Gremium erfolgen und dann kann es im Jugendhilfeausschuss auf die Tagesordnung gebracht werden.

**Durch ein beratendes Mitglied** wurde die angespannte Stimmung bedauert. Um vorwärts zu kommen, wurden einige Detailsachen angesprochen. Hier bspw. § 2 (4) 2. Satz beinhaltet, dass bei Nichtinanspruchnahme von anderen Fördermöglichkeiten der Zuschuss gekürzt oder zurück gefordert werden kann. Damit entfällt der Unterstützungsanspruch. Dies wäre anders zu formulieren.

**Herr Rochau antwortete**, dass es im Land üblich ist, dass bei einer entsprechenden Förderung alle vorrangigen Möglichkeiten zur Mittelaufgabe genutzt werden sollen. Dies wurde vom Landesrechnungsprüfungshof der Verwaltung auch deutlich gemacht, darauf zu achten, dass dies erfolgte.

**Durch ein stimmberechtigtes Mitglied (StR)** wurde an die Verwaltung und Freien Träger appelliert, zu der Richtlinie einen gemeinsamen Konsens zu finden. Betreuungsschlüssel ist klar, da kann die Verwaltung nichts machen. Details müssen aber erörtert werden. Die Stadträte können dies nicht einschätzen sondern verlassen sich hier auf die Fachlichkeit der Verwaltung und der Träger. Heute sollten Details hier nicht erörtert werden.

**Frau Hanna Haupt** unterstrich dieses Anliegen ebenfalls.

**Durch ein stimmberechtigtes Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass Detailwissen für die Richtlinie erforderlich ist. Heute kann hierzu kein Beschluss herbei geführt werden. Die freien Träger müssen ihre Haushaltsanmeldungen machen. Auf welcher Grundlage kann dies gegenwärtig erfolgen. Vorschlag, nach der alten Richtlinie erstmal hier zu verfahren, um eine Planungssicherheit für die Träger zu erwirken. Die HH-ansätze für den EB Kita sind soweit transparent. Eine Anpassung muss erfolgen.

**Herr Zwakhoven wies** darauf hin, dass nach der alten Richtlinie nicht weiter verfahren werden kann. Die alte Rahmenrichtlinie wurde bereits gekündigt. Wenn diese weiter bestehen würde, wären viele Träger schlechter gestellt als mit dieser Richtlinie. Eine Gleichbehandlung der Träger ist gegeben.

**Anfrage durch ein Mitglied (StR)** zu den HH-ansätzen beim EB KITA

**Herr Zwakhoven antwortete**, dass 92% der Kosten Personalkosten sind. Hier sind die Unterschiede deutlich zu sehen, da im EB Kita auch überaltertes Personal ist.

**Herr Rochau sprach an**, dass er die Detailpunkte haben möchte. Die Vorschläge sollten vor der nächsten Sitzung vorliegen und dann diskutiert werden. Wer von den Trägern hat welches Verhandlungsmandat. Jeder Träger wird ansonsten seine Sichtweise vortragen und bei der vorhandenen Trägerlandschaft kann man nicht in allen Punkten Jedem gerecht werden.

Also muss klar sein, welcher Vertreter für welche Träger spricht.

**Durch ein Mitglied (StRä)** wurde angesprochen, dass die Stadträte keine Praktiker sind und diese die Detailfragen nicht klären können. Deswegen sollten Verwaltung und Träger

gemeinsam die Detailfragen klären und dies ausdiskutieren, bevor es dem Ausschuss vorgelegt wird.

**Durch ein beratendes Mitglied** wurden Detailsachen angesprochen , § 2 (4); § 4 (1), § 4 (3); § 6.1 (1); § 6.1 (4); § 6.2. (2§ 6.3. (1) ); § 6.4 (1);§ 8 S. 13 sind verhandlungsbedürftig.

**Herr Zwakhoven antwortete** auf einige angesprochenen Details, dass die Träger eine Rechtssicherheit benötigen. Wenn keine Entgeltvereinbarung abgeschlossen wird, muss ein Bescheid erstellt werden. Eine Verzinsung ist normal. Die Träger müssen eine Liquiditätsplanung machen. Personalkosten sind im TVöD als Obergrenze festgelegt. Darüber hinaus kann nicht gegangen werden. Der EB Kita findet sich in dieser Richtlinie ebenfalls wieder, also müssten sich hier die Träger erst recht wieder finden.

**Frau Hanna Haupt** wies darauf hin, dass Einigung unter den Trägern bestehen muss, wer ihre Interessen bei den Verhandlungen vertritt. Die Stadträte dringen darauf, dass eine Richtlinie vorgelegt wird.

**Herr Becker antwortete**, dass er in der IG Freie Träger die kirchlichen Träger vertritt und zu Verhandlungen legitimiert ist.

**Anfrage durch ein stimmb. Mitglied (skE)**, warum die Träger nicht eine Liste zusammen stellen und dies der Verwaltung vorlegen und alle zusammen einen Termin finden, um Lösungsvorschläge zu bringen.

**Ein stimmb. Mitglied (Fr. Träger)** sprach an, dass sich nach Eingang der Vorlage alle Träger untereinander informiert haben. LIGA, Stadtjugendring und kirchlichen Vertreter sind alle in der IG Freie Träger Kita vertreten und in der Lage sich abzustimmen. Diese Richtlinie gehört in das zuständige Gremium zur weiteren Diskussion.

**Herr Rochau antwortete**, dass es innerhalb der Verwaltung erst vor einiger Zeit Veränderungen zur Zuständigkeit gegeben hat. Seit dem Frühjahr 2007 arbeitet die Verwaltung an dieser Richtlinie. Er schlägt vor, dass sich das Gremium der IG Freie Träger Kita zusammenfindet und konkrete Vorschläge an die Verwaltung gibt.

**Frau Hanna Haupt** machte darauf aufmerksam, dass jetzt eine harte Zeitschiene zur Überarbeitung der Richtlinie vorgegeben ist.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurden folgende Anfragen gestellt:

- die Mittelansätze im Haushalt 2007 sowie im Haushaltsentwurf und in der Mittelfristplanung des Eigenbetriebes KiTa (Kita und Horte) zu vergleichen mit dem, was dem Eigenbetrieb nach dem Entwurf der Förderrichtlinie zustünde. Dies sollte nach folgenden Kategorien verglichen werden:

1. Betriebs- und Sachkosten (ohne Abschreibungen)
2. Unterhaltung von Grundstücken (inkl. Grünflächen)
3. Verwaltungskostenumlage

**Frau Hanna Haupt** bat das Mitglied um schriftliche Zusendung an die Verwaltung, da die Fragestellung jetzt zu schnell vonstatten ging.

Dies wurde zugesagt.

**Die Verwaltung** wird die Anfragen dann schriftlich dem Mitglied beantworten.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde die Verwaltung um einen zeitnahen Gesprächstermin mit den Vertreter der IG Freie Träger Kita gebeten. Es wurde angesprochen, dass die Frage



der Hausmeister auch besprochen werden muss, da diese nicht pauschal Einrichtungen zugeteilt werden sollten. Hier muss auch die Grundstücksgröße gesehen werden. Der Gesprächstermin sollte mit den gewählten 4 Vertretern der freien Träger + 1 kirchlichen Vertreter , Vertretern des EB Kita und der Verwaltung stattfinden.

**Frau Hanna Haupt fasste** zusammen, dass die jeweiligen Sprecher mit der Verwaltung und Vertretern des EB Kita jetzt einen Gesprächstermin finden werden, um die Richtlinie gemeinsam zu diskutieren, Detailfragen zu klären und die Richtlinie zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Dezember auf die Tagesordnung genommen wird. Konkrete Zuarbeiten durch die Vertreter sind vor dem Gesprächstermin an die Verwaltung zu geben.

**Herr Rochau sprach** an, dass die Zuarbeit zeitnah an die Verwaltung gegeben werden sollte. Er verwies auch darauf, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass bei 134 Trägern von Kita-Einrichtungen eine für Alle einvernehmliche Lösung gefunden werden kann.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wer durch die Verwaltung legitimiert wird, mit ihnen zu verhandeln.

**Herr Rochau antwortete**, dass die Verhandlungen mit ihm zu führen sind.

**Frau Hanna Haupt stellte fest**, dass heute die Festlegung getroffen wurde, die Vorlage zurückzustellen.

Die jeweiligen Interessenvertreter der freien Träger, als auch Vertreter des EB Kita und der Verwaltung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie werden schnellstmöglich einen Gesprächstermin vereinbaren, um strittige Detailfragen in der Richtlinie zu klären.

Die Beschlussvorlage mit der überarbeiteten Richtlinie wird zur Sitzung im Dezember neu aufgerufen. Die Interessenvertreter reichen schnellstmöglich an die Verwaltung ihre Überarbeitungsvorschläge.

#### **zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006 Vorlage: IV/2007/06692**

**Frau Hanna Haupt** erteilte der Verwaltung das Wort zum Haushalt.

**Herr Zwakhoven sprach** an, dass die Anfragen der CDU zum Haushalt heute mit der Antwort der Verwaltung dazu allen Mitgliedern in Kopie vorliegen. Es liegen alle noch ausstehenden

Übersichten, Antworten und der HzE Bericht allen Mitgliedern vor.

Zur Beantwortung Personalkosten wies er darauf hin, dass die Umorganisation mit dem Fachbereich Personal abgestimmt wurde. Diese ist erst in der nächsten Planversion sichtbar.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** dass im Haushaltsansatz 2008 noch der „GIMMI“ enthalten ist. Es wurde im Bürgerforum von Schließung gesprochen. Wenn es einen Beschluss zur Schließung geben sollte, was passiert dann mit den Haushaltsmitteln.

**Frau Schmidt antwortete**, dass beim Mitteleinsatz globale Minderungen im Haushalt enthalten sind. Sachliche Gründe werden zur Beschlussfassung vorgelegt.

**Anfrage durch ein Mitglied (StR)** zu den Nachfragen zur doppelten Erhöhung in den Personalkosten.

**Herr Zwakhoven antwortete**, dass eine Personalstelle falsch zugeordnet war, diese gehört in den UA 4750. Dies wird bei der nächsten Planversion mit berücksichtigt.

**Frau Hanna Haupt fragte** an, ob es noch weitergehende Anfragen zum Haushalt gibt. In der 1. Lesung waren die Unterabschnitte einzeln aufgerufen und Anfragen gestellt worden.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, an welcher Stelle im Bereich der Förderung Freier Träger der Tarifentwicklung Rechnung getragen wird. Beim Personalkostenaufwuchs im UA 4750 wird die Tarifierfassung berücksichtigt. Wo wird bei den freien Trägern nachgesteuert.

**Frau Schmidt antwortete**, dass die globalen Minderungen im Haushalt der Stadt hinterlegt sind. In jedem UA muss von einer 40 Stunden Arbeitswoche ausgegangen werden. Die UA können aber nicht einfach so betrachtet werden. Es erfolgte, wie bereits in vorangegangener Sitzung erwähnt, eine freiwillige Absenkung der Arbeitszeit durch einige Mitarbeiter. Der Stadtrat wird nicht zustimmen, dass alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung die 40 Stunden Woche erhalten, nur bei bestätigten Fachkonzepten wird dies erfolgen.

**Herr Rochau** sprach an, dass der Fachbereich seine Vorgaben gehalten hat. Es gab Mitarbeiter in seinem Fachbereich welche freiwillig solidarisch ihre Arbeitszeit auf weniger als 40 h/Woche abgesenkt haben.

**Durch ein Mitglied (Freie Träger)** wurde angesprochen, das Personal abgebaut werden soll, um dem Tarifaufwuchs Rechnung zu tragen. Wenn Prävention gewollt ist kann kein Abbau von Fachkräftestunden gewollt sein. Wann und wie wird die tarifliche Entwicklung von 90 auf 100% erfolgen.

**Frau Schmidt antwortete**, dass dies hier an dieser Stelle nicht verhandelt werden kann. Dann sollen die freien Träger einen Antrag dazu stellen, dass die Personalkostenaufwüchse im Haushalt der freien Träger zu hinterlegen sind. Dies würde dann im Finanzausschuss Thema sein.

**Durch das Mitglied (Fr. Träger)** wurde dazu angemerkt, dass jetzt lediglich seine Berechnungsgrundlagen hier vorgebracht wurden.

**Frau Hanna Haupt fragte** an, ob es noch Anfragen zum Haushalt des Fachbereiches gibt.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, von welcher Hochrechnung jetzt ausgegangen wird, da in der letzten Sitzung die HH-ansätze korrigiert wurden und es eine HH-änderung gab. Die Hochrechnungen wechseln sich ab. Wie realistisch ist die Hochrechnung.

**Herr Rochau antwortete**, dass es in der letzten Sitzung aktuelle Aussagen dazu gab. Ein überplanmäßiger Antrag von 2 Mio € wurde gestellt, voraussichtlich wird der Stadtrat im November darüber entscheiden. Im Jahr 2008 sind 16,5 Mio € vorgesehen. Die HH-konsolidierung 2007 wird nicht erbracht und beginnt im Jahr 2008 und erstreckt sich auf 2009. Die HH-konsolidierung ist somit auf die Folgejahre verschoben worden.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass im letzten Jahr der Haushalt von den freien Trägern abgelehnt worden war. Es wurde auf die Diskussion zum letzten HzE-Bericht verwiesen, wo angemahnt wurde, diese Mittel bedarfsgerecht zu planen. Hochrechnungen sind kein Ersatz für Jugendhilfeplanung. In der Stadt gibt es keine Jugendhilfeplanung. Bisher wurde von keiner Sozialraumplanungsgruppe eine HzE-planung vorgelegt. Die Stadträte wurden auf ihre Verantwortung bei der Abstimmung eines solchen Haushaltes im HzE-Bereich verwiesen. Dies ist eine Fehlsteuerung einer verfehlten

Haushaltsplanung. An diesem Punkt kann dem Haushalt nicht zugestimmt werden. Ist in der Stadt eine fachliche Entwicklung in diesem Bereich gewollt oder geht es um Haushaltsansätze, die eingehalten werden sollen. Das Jugendamt besteht aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss. Letzterer sollte auch die Verantwortung für diesen Fachbereich übernehmen. Fachlichen Prozessen sollte eine Chance gegeben werden und Fehlsteuerungen vermieden werden.

**Durch einen Stadtrat** wurde geantwortet, dass es insbesondere in den letzten Wochen viele Gespräche gab. Die Stadträte wurden als Puffer zwischen Verwaltung und Freien Trägern teilweise benutzt. Wenn es berechnete Zahlen gibt, die deutlich machen, dass ein Haushaltsziel nicht erreicht werden kann und dies begründet wird, sind die Stadträte die Letzten, die Änderungen nicht zustimmen, wenn dies erforderlich ist. Die Stadträte sind in der Verantwortung für den gesamten Haushalt der Stadt und nicht nur eines Fachbereiches.

**Eine Stadträtin machte** deutlich, dass ein Haushalt geplant werden muss. Die Stadträte sind sich alle ihrer Verantwortung bewusst. Die Verwaltung ist verpflichtet Vorgaben zu machen und der Haushalt muss im Stadtrat bestätigt werden. Wenn dringend Mittel benötigt werden, muss dies begründet und Nachträge gemacht werden.

**Durch das Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass er sich von den Stadträten verstanden fühlt. Es muss gesteuert und nachgesteuert werden. Unruhe gab es durch die Dienstanweisung 93. Hilfen müssen zeitig und nicht zu spät einsetzen.

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass wir jetzt HH-ansätze vorliegen haben. Wenn es Nachträge geben muss, dann muss zum gegebenen Zeitpunkt darüber gesprochen und beschlossen werden. Jetzt geht es um die Ansätze zum Haushalt, welche beschlossen werden sollen.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass es im Bereich HzE Unruhen gegeben hat. Die Probleme sind durch Druck entstanden. Die Wirkung ist eine Kosteneinsparung, die nur in den präventiven Leistungen sein kann. Es soll wieder Einsparungen geben.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde zum UA 4750 gesagt, dass die Mittelansätze zu gering sind. Im Bereich der freiwilligen Leistungen gibt es keine Möglichkeit, etwas abzubekommen beim Nachtrag. Die HH-ansätze sollten erhöht werden, dies müsste eine Diskussion wert sein. So kann hier ebenfalls nicht zugestimmt werden.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde darauf verwiesen, dass das Fachkonzept umgesetzt werden soll, der präventive Bereich braucht Mittel. Träger, welche an der Basis arbeiten, fragen sich, was verkehrt läuft. Druck durch Rahmenvereinbarung, Präventive Arbeit soll erfolgen, Umsetzung Fachkonzept ebenfalls – wie soll das alles gemacht werden.

**Herr Rochau antwortete**, dass dies keine neue Diskussion ist, diese wird jedes Jahr geführt. Er verwies auf einen Städtevergleich Jugendhilfe außerhalb und in Einrichtungen 2003-2004. Nach diesem vorliegendem Städtevergleich wird deutlich, dass die Stadt Halle (Saale) im ambulanten Bereich mit Ausgaben i.H. von 14 €/Einwohner im Jahr 2003 und mit 17 €/Einwohner im Jahr 2004 weit unter dem Durchschnitt der verglichenen Städte liegt, aber im stationären Bereich deutlich über dem Durchschnitt, mit 70 €/Einwohner im Jahr 2003 und mit 73 €/Einwohner im Jahr 2004. Dieser Städtevergleich wird der Niederschrift angehängen. Er verwies darauf, dass in der Stadt Halle (Saale) mehrere Programme laufen, wie Schulsozialarbeit, Fachkräfteprogramm, LAP, LOS. Dies sind alles Programme welche im präventiven Bereich laufen. Die Umsetzung des Fachkonzeptes ist eine gemeinsame Herausforderung der Verwaltung und Freien Träger, hier ist eine hohe Fachlichkeit bei den Mitarbeitern gefragt.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass der Druck um so größer wird je höher das Haushaltsloch ist. Planungsgremien sollten ins Leben gerufen werden. Die Interkommunalen Städtevergleiche helfen uns nicht weiter.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass die Dienstanweisung 93 besteht. Damit wird massiver Druck ausgeübt. HzE sind Pflichtaufgaben. Das neue Konzept muss erstmal umgesetzt werden. Pflichtleistungen und präventives Konzept laufen nebenher, die Fallzahlen sind da.

**Durch eine Stadträtin** wurde angesprochen, dass die Pflichtleistungen von der Stadt erfüllt werden. Die Stadträte tragen die Verantwortung für den gesamten Haushalt. Diskussionen laufen in jedem Ausschuss. Die Mitglieder können gern die öffentlichen Sitzungen der übrigen Ausschüsse besuchen, um sich davon zu überzeugen. Nicht nur in der Jugendhilfe wird über den Haushalt diskutiert und die Stadträte sind sich ihrer Verantwortung hier sehr wohl bewusst.

**Durch Herrn Weber in seiner Funktion als Vorsitzender des UA Jugendhilfeplanung** wurde angesprochen, dass das soziale Umfeld einer Stadt immer gesehen werden muss. Interkommunale Vergleiche sind schwierig. Der Bereich Kita war der Bereich, welcher zusätzliche Aufgaben übernommen hat. Die Erhöhung des Betreuungsschlüssels ist nicht möglich. In seiner Funktion als Vorsitzender des UA Jugendhilfeplanung weist er darauf hin, dass kein Beschluss vorliegt, dass dem § 80 KJHG Rechnung getragen wird, dass eine HzE-Planung für 2008 gemacht wurde. Es wird eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung benötigt.

**Frau Hanna Haupt** stellte fest, dass Anfragen und Meinungsäußerungen zum Haushalt heute gestellt worden sind. Sie rief einzeln den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt zur Abstimmung auf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Frau Hanna Haupt** rief zur Abstimmung des Verwaltungshaushaltes des Fachbereiches auf.

Es wurde wie folgt abgestimmt:

5 Zustimmungen  
6 Ablehnungen  
2 Enthaltungen

**Damit wurde der Verwaltungshaushalt des Fachbereiches abgelehnt.**

**Frau Hanna Haupt** rief zur Abstimmung des Vermögenshaushaltes des Fachbereiches auf.

Es wurde wie folgt abgestimmt:

7 Zustimmungen  
3 Ablehnungen  
3 Enthaltungen

**Damit wurde dem Vermögenshaushaltes des Fachbereiches zugestimmt.**

**zu 5      Behandlung eines Beschlusses aus JHA-sitzung 11.10.07 zur BV  
IV/2007/06391  
Änderungsantrag StRä Nagel zur Kategorisierung der  
Auengrundschole**

## **hier: Vorschlag der Verwaltung zur Aufhebung des Beschlusses und Neuabstimmung**

**Frau Hanna Haupt sprach an, dass** eingangs der Sitzung von Dr. Marquardt die Aufnahme um diesen zusätzlichen TOP mit entsprechender Begründung gebeten worden war. Sie fragte an, ob der Jugendhilfeausschuss sich damit einverstanden erklärt, den Beschluss aus der Sitzung vom 11.10.07 zum Änderungsantrag von Frau Nagel zur Kategorisierung der Auenschule aufzuheben und heute neu dazu beschließen zu wollen.

**Der Jugendhilfeausschuss war sich einig**, hierzu nicht den Beschluss aus der Sitzung vom 11.10.2007 aufheben und neu abstimmen zu wollen. Er blieb bei seinem Abstimmungsergebnis (Ablehnung des Änderungsantrages der StRä Frau Nagel zur Kategorisierung der Auengrundschule) und verwies an den Hauptausschuss zur Entscheidung.

### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge vor.

### **zu 7 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

**Frau Wiesner fragte an**, wer sich im Objekt Großer Berlin 14 mit „Bildung elementar“ befindet, da dort ein Briefkasten mit dieser Aufschrift ist.

**Die Verwaltung** wird dies prüfen und in der nächsten Sitzung beantworten.

**Anfrage von Frau Gellert** zur Übernahme der Parkeisenbahn.

**Herr Dr. Marquardt antwortete**, dass sich hierfür die HAVAG interessiert.

### **zu 8 Beantwortung von Anfragen**

Es lag keine Beantwortung von Anfragen vor.

### **zu 9 Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

**zu 10      Mitteilungen**  
**- der Verwaltung zum Stand Spielplätze, Auftrag aus Sitzung**  
**06.09.2007**  
**- der Verwaltung zum Stand Objekt "Schnatterinchen"**

**Herr Rochau sprach an**, dass die Verwaltung heute zum Stand Spielplätze informieren wollte. Er würdigte nochmals das Engagement des Kinder- und Jugendrates, welcher die Initiative „Spielplatztester“ ins Leben gerufen und die Auswertung im Jugendhilfeausschuss am 06. September 2007 vorgestellt hatte. Er gab das Wort an den amtierenden Fachbereichsleiter des Fachbereiches Grünflächen.

**Herr Rost stellte sich** den Mitgliedern vor und erwähnte, dass er seit ca. 1 Jahr in der Stadt Halle tätig ist. Er dankte ebenfalls den Jugendlichen, welche die Spielplätze getestet haben. Er verwies darauf, dass auf Grund der finanziellen Situation der Stadt vieles nur im begrenzten Maß möglich ist. Er betonte aber, dass die relevanten Dinge insbesondere auch die verkehrssicherheitspflichtigen gewährleistet werden. Was die Ordnung und Sauberkeit auf den Spielplätzen anbelangt, diesem kann nicht immer nachgekommen werden. Vandalismus spielt ebenfalls hierbei eine große Rolle. Hier unterstützten die Jugendlichen ebenfalls diesen Schäden nachzukommen.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** zum Spielplatz Am Tallin.

**Herr Rost antwortete**, dass der Bereich Süden jetzt im Ausschreibungsverfahren ist. Baubeginn soll im Frühjahr 2008 erfolgen. Der Umbau des „Spielplatzes Am Tallin“ ist in dem gesamten Umbau Süd eingebunden.

**Hanna Haupt fragte** an, wie der Stand zu Initiativgruppen und Spielplatzpatenschaften gegenwärtig ist, die hier unterstützend mitwirken können.

**Herr Rost antwortete**, dass dies für den „Spielplatz Am Tallin“ zutrifft. Dort ist ein großes ehrenamtliches Engagement vorhanden. Es bestand auch mit der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft eine Halbpatschaft. Die Streetworkerin hat sich dort vor dem Objekt der Jugendwerkstatt um die Streetball- und Skateranlage gekümmert, da es vorher massive Probleme gab. Seit die Streetworkerin dort abgezogen wurde ist dies wieder zum Problem geworden. So dass momentan der Fachbereich Grünflächen erwägt, die Skateranlage abzubauen, da die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann.

**Frau Hanna Haupt** dankte Herrn Rost für seine Ausführungen.

**Weitere Mitteilungen der Verwaltung:**

**Herr Rochau informierte** zum Stand Baumängel des Cliquentreffs „Schnatterinchen. Folgende Mängel wurden mit Stand 30.09.07 festgestellt:

1. in mehreren Räumen tritt Feuchtigkeit durch die Decke
2. der Fußbodenbelag löst sich in einem Raum an einigen Stellen ab
3. Fußbodenleisten lösen sich in allen Räumen ab, dadurch liegt tw. Elektrokabel frei
4. in mehreren Räumen und im Flur befinden sich Risse in der Decke
5. einige Heizkörper müssen entlüftet werden, da diese nicht richtig heizen
6. der Türgriff an der Eingangstür ist instabil
7. der Türgriff am Gemeinschaftsraum
8. einige Fenster neigen beim Öffnen dazu, aus der Verankerung zu fallen

Die Mängel wurden am 02.10.07 durch unseren Bereich Service an ZGM gemeldet. Am 29.10.07 soll dazu ein Vor-Ort-Termin stattfinden und die Mängel sollen bis 15.11.07 abgestellt werden. Wenn eine Mängelabstellung nicht erfolgt wird eine Mietminderung gemacht.

**Herr Rochau informierte** zum Zwischenstand Familienpass wie Folgt:  
Durch Herrn Dr. Marquardt wurden Einrichtungen mit der Bitte angeschrieben, die bestehenden Familienkarten anzupassen oder Familienkarten entsprechend des Familienpasses einzuführen. Es handelt sich hierbei um das Thalia Theater, den Zoologischen Garten, der Stadtbibliothek, der Kulturinsel Puppentheater, den halleschen Museen und den Fachbereich Schulen und Bäder für die städtischen Freibäder und Schwimmhallen. Es wurde um Rückmeldung an den hierfür zuständigen Mitarbeiter des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie bis Dezember 2007 gebeten.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Hanna Haupt teilte mit**, dass am 12.10.07 ein Gespräch zwischen freien Trägern der Jugendhilfe aus dem Bereich HzE, der AG § 78 stattgefunden hat. An diesem Gespräch haben sie, Frau Ute Haupt, Herr Godenrath und Frau Meissner teilgenommen. Die Stadträte haben zugesichert, folgende Punkte an die Verwaltung heranzutragen:

1. das Berichtswesen in diesem Bereich soll besser funktionieren
2. Führung der Verwaltung in den Sozialraumplanungsgruppen ist schlecht, eine stärkere Führung und konkrete Zeitschiene durch die Verwaltung ist gewünscht.

#### **Frau Ute Haupt ergänzte:**

3. Zielvorstellung in zeitlichen Folgen ist durch die Verwaltung gewünscht. Zahlen und Fakten liegen in den Sozialraumplanungsgruppen nicht vor, dies wurde bemängelt.

#### **Herr Godenrath ergänzte:**

4. Führung der neuen Profession z.B. Sport soll durch die Verwaltung erfolgen. Diese Bereiche sollen stärker in ihre Rolle, die diese in den Sozialraumplanungsgruppen einnehmen sollen, herangeführt werden.

**Herr Wilhelm antwortete darauf**, dass er jetzt nur für seine Sozialraumplanungsgruppe sprechen kann, welche erst stattgefunden hat. Es haben in seiner Gruppe auch Träger aus dem Bereich HzE teilgenommen. Dort können solche Dinge angesprochen werden, wie sie jetzt vorgetragen wurden. Seine Gruppe hat jetzt das erste Mal zusammen gesessen, um sich erstmal vorzustellen und einen Vorsitz zu wählen. Wenn es solche Kritikpunkte gibt, sollte auch konkret angesprochen werden, welche Sozialraumplanungsgruppe gemeint ist, es gibt 5 davon. Da in diesen Gruppen aus allen Bereichen Träger vertreten sind, sollte keine einseitige Beeinflussung erfolgen. Er brachte zum Ausdruck, dass konkrete Dinge auch konkret in diesen Gruppen vorgetragen werden sollten.

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass Herr Weber aus der Sitzung des UA Jugendhilfeplanung vom 24.09.07 informieren wird. Sie wies darauf hin, dass ein Kompromiss dort gefunden werden konnte.

**Herr Weber teilte mit**, dass der UA Jugendhilfeplanung am 24.09. und am 01.10.07 sich mit den Fragen der Jugendhilfeplanung zu

1. KITA Bedarfs- und Investplanung
2. Antrag der AG Freie Träger auf Bildung einer Arbeitsgruppe zu HzE (Qualitätszirkel)

beschäftigt hat.

Es gibt begründete Positionen von freien Trägern, dass sie an Planungsprozessen in der Stadt rechtzeitig beteiligt werden sollen. In der Arbeitsgruppe arbeiten 9 verschiedene Träger

mit, dies ist zu hoch. Bis Januar 2008 sollen Qualitätszirkel einen bestimmten Vorlauf schaffen. Es gab Für- und Wider- Diskussionen dazu. Am 01.10.07 gab es ein Abstimmungsergebnis mit Änderungen. Das Abstimmungsergebnis betrug: Zustimmung 3; Ablehnung 4 und 1 Ablehnung. Damit fand der Antrag der freien Träger keinen Zuspruch. Für die Einrichtung von Qualitätszirkeln gab es: Zustimmungen 5 und Ablehnungen 3, damit werden diese eingerichtet und haben einen Auftrag. Am 08.10.07 gab es eine LIGA-sitzung, an welcher Herr Dr. Marquardt und Herr Rochau teilgenommen haben. Dort wurden weitere Gespräche vereinbart, um Konsens herbei zu führen. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird der Jugendhilfeausschuss informiert werden.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Herr Rochau informierte** zum Stand der Verwaltung zur Dienstanweisung 93. Es gab aufregende Wochen seit dem 03.09.07 im Zusammenhang mit der **Fachbereichsinternen** Dienstanweisung 93. Diese interne Dienstanweisung dient dazu, die bestehenden Regelungen in der Verwaltung auf den Prüfstand zu stellen. Diese Dienstanweisung ist missverstanden worden, da sie auch missverständliche Formulierungen enthielt. Inhalt der neuen Dienstanweisung wird die Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Steuerung der HzE sein. Auf der Grundlage einer fachlich fundierten, effizienten und den Belangen der Kinder, Jugendlichen und Familien basierenden Hilfeplanung ist auf die Verbesserung und frühzeitigen Installierung von Hilfen besonderer Wert zu legen. Die interne Dienstanweisung wird jetzt überarbeitet und für den internen Dienstgebrauch zum gegebenen Zeitpunkt in Kraft gesetzt.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Gellert teilte mit**, dass, wie vorab schon besprochen, die jugendpolitische Rundfahrt am 22. November 2007 von 14.00 – 18.00 Uhr stattfindet. Die Einladungen wurden versendet.

Gez. Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

Kaupke  
Protokollführerin